



STADTVERTRETUNG
Stadtentwicklungsausschuss

15.10.2019

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 26.09.2019

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:37 Uhr
Ort: TIG, Lindenstraße 63, Raum 526
Stimmberechtigte Mitglieder: 9 (Frau John ist anwesend ab 17:03 Uhr)
Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

I. Eröffnung und Begrüßung

Herr Kuhnert eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.

II. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kuhnert stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Anwesenheit von 9 Ausschussmitgliedern fest.

III. Beschluss über die Niederschrift der konstituierenden Sitzung am 15.08.2019

Das Abstimmungsergebnis zur konstituierenden Sitzung lautet:

Dafür: 6 Dagegen: - Stimmenthaltung: 2

Frau John betritt den Konferenzraum und nimmt an der Sitzung teil.

IV. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

TOP 2 und 3 Behandlung in verbundener Aussprache

Das Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung lautet:

Dafür: 9 Dagegen: - Stimmenthaltung: -

Anträge auf Rederecht

TOP 4 Herr Benischke (Vorsitzender der Geschäftsführung der
Neubrandenburger Wohnungsgesellschaft mbH – NEUWOGES)

Das Abstimmungsergebnis zum Rederecht lautet:

Dafür: 9 Dagegen: - Stimmenthaltung: -

V. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Information über geplante Änderungen des städtebaulichen Rahmenplanes Altstadt

Herr Renner informiert über die geplante Teilfortschreibung des städtebaulichen Rahmenplans „Altstadt“. Die städtebaulichen Zielstellungen für die Areale Block 3 und Block 18 haben sich geändert. So wird im Blockbereich 3 nunmehr eine kombinierte Hotel- und Wohnnutzung angestrebt. Während dessen soll auf die Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben im Blockbereich 18 zugunsten einer Mischnutzung Abstand genommen werden. Es erfolgt eine gesonderte Beschlussvorlage zur Änderung des Rahmenplanes.

Variantenvergleich Neubau Schwimmhalle

Mittels einer PowerPoint-Präsentation erläutert Herr Renner den seitens der Verwaltung erstellten Variantenvergleich zur Findung eines Standortes für einen Schwimmhallenneubau. (siehe Ratsinfosystem)

Frau John bittet um explizite Prüfung der räumlichen Dimensionen im Hinblick auf die Notwendigkeit und der finanziellen Aufwendung.

Herr Bromberger spricht sich aus Sicht der Sportvereine ausdrücklich für die Realisierung von 50-Meter-Bahnen aus.

Herr Renner erklärt, dass es sich hier um eine Standortbetrachtung handelt. Die Benennung von Ausstattungselementen dient der Findung des Flächenbedarfs. Sie sind in der Folge im Rahmen der Machbarkeitsstudie zu untersetzen/zu präzisieren. Er bittet nochmals um Entscheidung seitens der Fraktionen zu einen bis zwei favorisierten Standorten, um dann die erforderlichen Machbarkeitsstudien in Auftrag zu geben.

Alle Fraktionen bekennen sich zur Notwendigkeit des Neubaus einer Stadthalle und unterstützen das Vorhaben. Über mögliche Förderprogramme wird die Verwaltung in regelmäßigen Abständen informieren. Bis Ende Oktober 2019 ergehen die favorisierten Standorte der Fraktionen der Verwaltung zu.

Bildungsveranstaltung Bauplanungsrecht und Städtebauförderung

Herr Kuhnert informiert, dass seitens der „neuen“ Stadtvertreter die Bitte aufgekommen ist, dass die Verwaltung zu den Themen Bauplanungsrecht und Städtebauförderung eine gesonderte Veranstaltung zu den Rechtsgrundlagen durchführt. Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu.

Herr Kuhnert erkundigt sich nach dem Arbeitsstand zur Ausweisung von Hundenausläufflächen in den einzelnen Stadtgebieten. Herr Gille weißt in diesem Zusammenhang auf die von ihm an

die Stadt Neubrandenburg übergebenen Unterschriftslisten hin und erfragt die Art und Weise des Umgangs mit denselben.

Eine Prüfung der vorgeschlagenen Flächen ist innerhalb der Verwaltung erfolgt. Der Eigenbetrieb Immobilienmanagement wird sich persönlich mit Herrn Gille abstimmen.

VI. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 1 Drucksachen-Nr. VII/84

Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Neubrandenburg

Das Änderungsblatt der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird durch Herrn Dr. Kirchhefer erläutert.

So plädiert die Fraktion für eine jährliche Abrechnung der Handlungsfelder und Maßnahmen zur CO₂-Minderung. Zudem sollte das Konzept alle 2 Jahre fortgeschrieben werden. Sämtliche Beschlüsse der Stadtvertretung sind auf ihre Kompatibilität mit dem Konzept zu überprüfen. In die Maßnahmenliste sind u. a. die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes, die Verdopplung des Radverkehrs in den nächsten 10 Jahren und der Anschluss der Innenstadt an den Stadtverkehr aufzunehmen.

Darüber hinaus empfiehlt er den Erhalt des Klimarates.

Herr Hinzer erläutert den Entwurf des Änderungsblattes der Fraktion Die Linke.

Auch die Fraktion Die Linke plädiert für einen kürzeren Fortschreibungsturnus des Klimaschutzkonzeptes (alle 3 Jahre). Als Maßnahme zur CO₂-Minderung empfiehlt die Fraktion u. a. den Einsatz verbrauchsgünstiger und emissionsarmer Fahrzeuge im kommunalen Fuhrpark, den verstärkten Einsatz von Pedelecs und Fahrrädern in der Stadtverwaltung, den Ausbau des Radwegenetzes, den fahrradfreundlichen Ausbau der Tempo-30-Zonen, die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs, den Einsatz emissionsarmer Busse, die Anbindung der Innenstadt an das ÖPNV-Netz per Shuttel, die Anlage zusätzlicher P+R-Plätze an den Stadteinfahrten sowie die Beachtung der Photovoltaik in der Stadtplanung.

Das Abstimmungsergebnis zur Drucksachen-Nr. VII/84 lautet:

Dafür: 9 Dagegen: - Stimmenthaltung: -

TOP 2 Drucksachen-Nr. VII/104

Einfacher Bebauungsplan Nr. 72 „Anbindung Johannesstraße - Demminer Straße“ hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)

TOP 3 Drucksachen-Nr. VII/105

Einfacher Bebauungsplan Nr. 72 „Anbindung Johannesstraße - Demminer Straße“ hier: Satzungsbeschluss

Herr Dieke erläutert den einfachen Bebauungsplan Nr. 72 „Anbindung Johannesstraße – Demminer Straße“ anhand der Drucksachen **VII/104** und Nr. **VII/105**.

Frau Dr. Balschat fragt nach dem zukünftigen Verkehrsaufkommen im Wohngebiet.

Herr Dieke erläutert dazu, dass die Berechnung des zukünftigen Verkehrsaufkommens in der Begründung des Bebauungsplanes als Anlage zur Beschlussvorlage DS-Nr. VII/105 vorhanden ist.

Frau Dr. Balschat fragt nach dem Schulstandort in der Johannesstraße und der zu erwartenden Lärmbelastigung sowie Verkehrssicherheit.

Herr Dieke erläutert, dass die Hauptzufahrt über die Stavener Straße erfolgt und dass der Abstand zwischen Gebäude und Fahrbahn vergrößert ist.

Das Abstimmungsergebnis zur Drucksachen-Nr. VII/104 lautet:

Dafür: 9 Dagegen: - Stimmenthaltung: -

Das Abstimmungsergebnis zur Drucksachen-Nr. VII/105 lautet:

Dafür: 9 Dagegen: - Stimmenthaltung: -